

Chronik des schlesischen Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit

Vorwort

Den Anstoß zu der hier folgenden Chronik des schlesischen Kirchenkampfes verdanken wir unserem mitteldeutschen Amtsbruder *Schwarzbach* in Arnsdorf bei Görlitz. Er stellte eine zunächst weitmaschige kleine Chronologie der Kirchenkampfeignisse speziell im schlesischen Raum zusammen. In Westdeutschland nahm sich dann Dr. Paul Gerhard *Eberlein*, Tiefenbach, dieses Unternehmens an und begann die Chronik karteigeformt auszubauen. Im Mai 1962 wurde mir von der Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes der Auftrag, die Geschichte des schlesischen Kirchenkampfes zu schreiben. So geriet die von den beiden genannten Brüdern begonnene Arbeit in meine Hand und wurde von mir mit steter Unterstützung von Bruder Eberlein weiter bearbeitet und aufgefüllt. Als Quellen dienten mir insbesondere die Rundbriefe der Naumburger Synode, die mir der zu Anfang dieses Jahres so schnell heimgerufene Amtsbruder Schmidt-Puskás aus seinem geretteten Besitz zur Verfügung gestellt hat. Ferner konnte ich die Rundbriefe der Christophorisynode, die mit dem Nachlaß meines Doktorvaters Hans von Soden-Marburg erhalten geblieben waren, ausschöpfen. Weiter verdanke ich wichtige Hinweise und Angaben der Sammlung der Hirtenbriefe unseres verstorbenen Bischofs D. Zänker, sowie dem sehr aufschlußreichen Tagebuch der Frau Pastor Annemarie Viebig-Breslau, das mir ihr Schwiegersohn, Bruder Lierse in Lörrach zur Verfügung stellte. Auch das Tagebuch von Lic. Dr. Ulrich Bunzel und Gespräche mit ihm, wie auch mit Professor D. Gloege-Bonn und Direktor Hugo Krueger-Körbecke, früher Gottesberg in Schlesien, riefen allerlei Daten ins Gedächtnis. Ihnen und allen anderen Helfern herzlichen Dank.

Für die Zeit von 1941 bis 1944 dienten als Hauptquelle bisher nur die Tagebuchaufzeichnungen des verstorbenen OKR Walter Schwarz.

Unsere Chronik soll wie gesagt eine schlesische Kirchenkampfschronik sein. Sie bringt daher die Ereignisse im Raum des Gesamtdeutschen Kirchenkampfes nur soweit sie nach Ansicht des Chronisten auf die Entwicklung der Dinge in der schlesischen Kirchenprovinz mittelbar oder unmittelbar einwirkten.

Die hier vorgelegte Arbeit beansprucht keine Vollständigkeit, auch keine absolute Datumsgenauigkeit, zumal noch nicht alle irgendwo vorhandenen Quellen ihr dienstbar gemacht werden konnten. Der Chronist ist jedem Leser dankbar, der etwaige Unrichtigkeiten, Unvollständigkeiten oder Ungenauig-

keiten bemerkt und anmeldet. Dies umsomehr, als die hier vorgelegte Chronik eine Vorarbeit darstellt für die bereits in Angriff genommene Beschreibung des schlesischen Kirchenkampfes überhaupt.

Wohltorf, März 1963

Gerhard Ehrenforth

26. *Mai* 1932 Joachim Hossenfelder, bis 1932 Pfarrer in Altreichenau, Kreis Landeshut/Schlesien, jetzt Berlin, gibt die ersten Richtlinien der Liste „Deutsche Christen“ heraus. In Schlesien setzen sich besonders die Pastoren Fuchs, Griessdorf, Sup. Jenetzky, Zarnikow, für die neue Bewegung ein. Zarnikow wird schlesischer Landesleiter.

Mitte September 1932 Beide Schlesischen Generalsuperintendenten D. Schian und D. Zänker, erlassen gemeinsam mit dem Schlesischen Provinzialkirchenrat (Präses Schultze) eine Kundgebung zu der Gemeindegewahl am 13. November 1932, darin es heißt:

„Parteipolitische Gesichtspunkte dürfen für die Aufstellung der kirchlichen Wahlvorschläge in keinem Falle ausschlaggebend sein.“

3. *bis* 5. *April* 1933 Erste Reichstagung der Glaubensbewegung Deutsche Christen in Berlin. Der N.S.-Staat wird vorbehaltlos bejaht und eine Reichskirche gefordert. Die Bewegung hat in den größeren Städten in Schlesien bereits Fuß gefaßt.

9. *bis* 12. *Mai* 1933 Konstituierung der Jungreformatorischen Bewegung — 12-Punkte-Programm — Vorstufe des Pfarrernotbundes. Eine große Zahl schlesischer Pastoren schließt sich alsbald der Bewegung an.

27. *Mai* 1933 Wahl und am 29. *Mai* 1933 Amtsantritt von Pastor D. Fritz von Bodelschwingh als Reichsbischof.

23. *Juni* 1933 August Jäger wird preußischer Staatskommissar für die Kirche.

24. *Juni* 1933 Rücktritt von P. Fritz von Bodelschwingh aus Anlaß der Einsetzung eines Staatskommissars für Kirchenfragen in Preußen.

24. *Juni* 1933 Beurlaubung von Generalsuperintendent D. Schian. An seiner Stelle wird „Probst“ Jenetzky in die Schlesische Kirchenleitung berufen und zieht in die Wohnung Schians ein. D. Zänker wird aus seinem Amt *nicht* entlassen.

27. *Juni* 1933 Staatskommissar Jäger übernimmt die Führung der Geschäfte sämtlicher evang. Landes- bzw. Provinzialkirchen Preußens. Rechtsanwalt Dr. Schmidt-Ratibor wird als Bevollmächtigter für die Kirchenprovinz Schlesien eingesetzt.

11. Juli 1933 Einmütige Annahme der Verfassung der DEK durch die Vertreter der Landeskirchen.
14. Juli 1933 Staatliche Anerkennung der Verfassung durch Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt.
14. Juli 1933 Reichsgesetzliche Ausschreibung neuer Gemeindekirchenwahlen für den 23. 7. 1933.
23. Juli 1933 Die Wahlen in den schlesischen Gemeinden bringen auch infolge des widerrechtlichen Eingriffs Hitlers in die Wahlpropaganda absolute Mehrheit der DC (zumeist 80 bis 90% — im Waldenburger Bergland und wenigen anderen Gemeinden 70%).
3. August 1933 20. schlesische Provinzialsynode — „braune Synode“ — in Breslau. „Machtergreifung der DC.“ Neuer Präses Jenetzky an Stelle von Superintendent Schultze-Ohlau. Zum Abschluß das Horst Wessellied!
5. September 1933 Eröffnung der Generalsynode der Evang. Kirche der APU. DC Mehrheit. Auszug von 71 Abgeordneten mit Präses D. Koch.
21. September 1933 Pfarrer Martin Niemöller ruft zur Bildung eines Pfarrernotbundes auf, der bis Mitte Dezember bereits 5000 Mitglieder zählt.
27. September 1933 Die in Wittenberg tagende Nationalsynode der DEK wählt Ludwig Müller zum Reichsbischof.
15. Oktober 1933 Kreispfarrer Lic. Ehrenforth-Waldenburg (Mitglied der Jungreformatorischen Bewegung) wird von Hossenfelder zu kommissarischer Mitarbeit ins „Geistliche Ministerium“ Abt. Volksmission berufen. Ende dieser Tätigkeit Mitte März 1934.
19. Oktober 1933 Im Anschluß an die Generalsynode wird Generalsuperintendent D. Zänker zum Bischof von Breslau und damit Gesamtschlesien ernannt.
13. November 1933 Kundgebung der DC im Berliner Sportpalast mit aufsehenerregender Rede des DC-Gauobmanns Stud.-Rat Dr. R. Krause, vorher führend im „Bund für Deutsche Kirche“.
17. November 1933 Das Evang. Jugendwerk, Leitung Reichswart D. Stange, unterstellt sich der „Amtsgewalt“ des Reichsbischofs, der anschließend alsbald die Eingliederung der Evang. Jugend in die Staatsjugend veranlaßt bzw. geschehen läßt. D. Stange tritt darauf von seinem Amt zurück.
23. November 1933 Bischof D. Zänker nimmt in einem Hirtenbrief an die evang. Gemeinden der Kirchenprovinz Schlesien Stellung zur Sportpalastkundgebung der DC. am 13. 11. 1933.

1. Dezember 1933 Superintendent E. Schultze-Ohlau wird unter Mitwirkung des Schlesischen Konsistoriums zwangsweise in den Ruhestand versetzt.

15. Dezember 1933 Bischof Hossenfelder tritt von dem Amt des Bischofs und Vizepräsidenten des EOK zurück. Univ. Prof. Wolfgang Beyer-Greifswald wird sein Nachfolger.

21. Dezember 1933 Hossenfelder tritt auch als Reichsleiter der DC zurück. Sein Nachfolger wird Dr. Kinder-Kiel. Die DC verliert ihren bis dahin beherrschenden Einfluß, da sich auch Partei und Staat von ihr zurückziehen. Das gilt auch für Schlesien.

7. und 14. Januar 1934 Kanzelabkündigung des Pfarrernotbundes gegen L. Müllers Verordnung betr. die Wiederherstellung geordneter Zustände in der DEK vom 4. 1. 1934.

Folgeerscheinung: Absetzung einiger schlesischer Superintendenten: Bornkamm, Classen, Deutschmann, Göhler, Horter, Lehmann, Schmula, Warko, sowie der Kirchenräte Lierse und Than-Breslau.

12. Februar 1934 Die Pastoren Viebig, Dr. R. Berger, Hornig und Vogt (Obernigk) werden durch den EOK-Berlin wegen Aktivität im Pfarrernotbund von ihren Ämtern beurlaubt.

15. März 1934 Zur Tagung der neuen Provinzialsynode (über 2/3 DC) bringt die BK Gruppe „Ev. und Kirche“ einen eigenen Wahlvorschlag. Daraufhin wird die Synode durch einen Exodus der DC durch diese selbst aufgelöst.

April 1934 August Jäger tritt mit dem Titel „Rechtswalter der DEK“ in die Reichskirchenregierung ein und hat den besonderen Auftrag, die Eingliederung aller Landeskirchen in die „Reichskirche“ zu betreiben.

21./22. April 1934 Kundgebung der BK. in Breslau Schießwerdersaal mit P. Wilhelm Niemöller. Ltg. Pastor Lic. Dr. Ulrich Bunzel.

13. Mai 1934 Kirchentag der Schlesischen Bekenntnisfront in Breslau. Eröffnung durch Rechtsanwalt Beninde. Referate von Lic. Warko und Dr. Gloege. Ansprache von Bischof D. Zänker. Die Schlesische Bekenntnisfront schließt sich der Bekenntnisgemeinschaft der „Deutschen Evangelischen Kirche“ unter Präses D. Koch an.

29. Mai 1934 1. Bekenntnissynode der EKdAPU in Barmen-Gemarke. Aus Schlesien nehmen teil: P. Dr. Berger und P. Lic. Dr. Ulrich Bunzel-Breslau.

15. Juni 1934 Erstes Rundschreiben der B. K. Schlesiens. Bildung des Rates der B. K. Schlesiens. Ihm gehören an: Studienrat Dr. Anderson-Görlitz, Rechtsanwalt Beninde-Bunzlau, Pfarrer Dr. Berger-Breslau, Superintendent Buntzel-Brieg, P. Lic. Dr. U. Bunzel-Breslau, Lehrer Draber-Oels, Kreispfarrer Lic.

Ehrenforth-Waldenburg, Predigerseminardirektor Dr. Gloege-Naumburg-Qu., Erbhofbauer von Heynitz-Christinhof, Pf. Holm-Oppeln, Pf. *Hornig*-Breslau, Direktor Dr. Krueger-Gottesberg, Ing. *Milde*-Breslau, Schneidergeselle Schwarz-Glogau, Graf Seydlitz-Sandretzky-Olbersdorf, Pf. *Viebig*-Breslau, Superintendent Lic. Warko-Hirschberg. (Die schräg gedruckten Namen sind die der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses.)

26. Juni 1934 Kirchentag f. d. K. Kreis Breslau in Breslau. Leitung Lic. Dr. U. Bunzel.

26. Juni 1934 Kirchentag der Bekenntnisfront in Hirschberg/Rsgb. Wort an die Schlesische Gemeinde durch Bischof Zänker.

9. August 1934 Nationalsynode in Berlin. Bischof Zänker widerspricht den von der Reichskirchenregierung vorgelegten Gesetzentwürfen.

20. August 1934 Erste geschlossene Vertreterversammlung der Schlesischen B. K. in Breslau. (Kaufm. Union). Aus jeder Parochie 1 Pfarrer und 1 Laie.

26. August 1934 Kanzelabkündigung des Bruderrates der DEK gegen die Nationalsynode vom 9. 8. 34, von etwa 150 schles. Pfarrern in 180 Gottesdiensten auf Veranlassung des Schles. Rates der B. K. verlesen. Zugleich Aufruf zur Bildung von örtlichen Bekenntnisgemeinden mit Mitgliedskarten.

September 1934 Die Bildung von Gemeinde- und Kreisbruderräten der B. K. läuft in Schlesien an.

2. bis 8. Oktober 1934 Bek. Gottesdienste in St. Maria Magdalenen u. a. Kirchen Breslaus mit Pf. Jacobi-Berlin, Pf. W. Niemöller-Bielefeld u. a. 9000 Teilnehmer.

3. Oktober 1934 Bek. Versammlung mit Vortrag von Sup. Hahn-Dresden im Schießwerder-Saal. 5000 Teilnehmer.

19./20. Oktober 1934 2. Bekenntnissynode der DEK in Berlin-Dahlem. Proklamierung des Notkirchenregiments. Aus Schlesien nehmen teil: Pfarrer *Viebig*, Dr. Berger, Lic. Dr. U. Bunzel, *Hornig*, Sup. Warko (Hirschberg), sowie Rechtsanwalt Beninde-Bunzlau und Graf Seydlitz-Sandretzky, Olbersdorf. Pf. *Viebig* wird in den *Reichsbruderrat* gewählt.

Oktober 1934 Reichstagung des Ev. Bundes in Breslau, Auseinandersetzung mit den DC.

24./25. Oktober 1934 Reichsgerichtsrat Flor-Leipzig spricht in Oppeln und Breslau zur kirchlichen Lage.

2. November 1934 Hirtenbrief von Bischof D. Zänker. Der Bischof vollzieht öffentlich die Trennung von der Reichskirchenregierung und ruft die schlesischen Pfarrer zu einer Gefolgschaftserklärung auf.

6. *November 1934* Bischof D. Zänker schließt sich der Forderung der süddeutschen Bischöfe auf Rücktritt des Reichsbischofs an. Daraufhin: Beurlaubung von Bischof D. Zänker durch Reichsbischof Müller. Einsetzung von Probst Jenetzky als kommissarischer Vertreter des Bischofs.
7. *November 1934* Bischof D. Zänker lehnt die Annahme des *Beurlaubungsbescheides* des Reichsbischofs mit ausführlichem Protestschreiben in aller Form ab. Er teilt dies allen Geistlichen der Kirchenprovinz mit, und fordert sie auf, den Weisungen des „Kommissarischen Bischofs“ Probst Jenetzky keine Folge zu leisten. Er beruft gleichzeitig den Waldenburger Kreispfarrer Lic. Ehrenforth zu seinem „Vertrauensmann und Beauftragten in besonderen Fällen.“
7. *bis 10. November 1934* 75% aller ev. Pfarrer Schlesiens (609 von 770) stellen sich mit ihrem „Ja“ hinter den von der RKR beurlaubten Bischof D. Zänker. Desgleichen 117 Vikare und Kandidaten (von insgesamt 150) und 124 Emeriti. Nur 40 aller Befragten erklären sich gegen den Bischof.
9. *November 1934* Drei Mitglieder des Ev. Kons. Breslau verhandeln in der Reichskirchenregierung mit D. Engelke über Zurücknahme der Beurlaubung von Bischof D. Zänker.
10. *November 1934* Bittgottesdienst und Treuekundgebung für Bischof D. Zänker in der Elisabethkirche in Breslau. Anwesend 6000 Gemeindeglieder. Pfarrer Viebig gibt im Namen von 850 schlesischen Geistlichen eine Treueerklärung für Bischof D. Zänker ab.
11. *bis 14. November 1934* Gen. Sup. D. Dibelius spricht in Breslau, Schweidnitz und Liegnitz zu den Pastoren und Mitarbeitern der B. K. und auf öffentlichen Groß-Veranstaltungen zu den Gemeinden.
12. *November 1934* Bischof D. Zänker ist zwecks Beilegung des Konflikts (s. 6./7. XI.) zur Aussprache in die Reichskirchenregierung gerufen. Das Ergebnis der dortigen Verhandlungen wird unterschiedlich beurteilt.
13. *November 1934* Mit 13 Kandidaten des „aufgeflogenen“ Predigerseminars Frankfurt a/O. eröffnet im Auftrag des Preuß. Bruderrats P. Dr. Gloege das neue Predigerseminar Naumburg. Kampf um das Recht auf das Seminargebäude, dessen Hauptteil noch vom DC-Seminar der RKR besetzt gehalten wird. (Forts. s. 7. 6. 35).
16. *November 1934* Hirtenbrief von Bischof D. Zänker mit der Erklärung, daß er bei den Berliner Verhandlungen keine Loyalitäts- oder Gehorsamserklärung o. ä. abgegeben habe und seine Beurlaubung bedingungslos aufgehoben sei.
18. *oder 19. November 1934* Die Beurlaubung von Bischof D. Zänker wird durch die Reichskirchenregierung aufgehoben. Die am 14. 1. 1934 ihres Amtes enthobenen Superintendenten kehren in ihr Ephoralamt zurück. Probst Jenetzky

tritt einen Krankheitsurlaub an und wird seines Amtes als Landesleiter der Inneren Mission durch Bischof D. Zänker enthoben.

22. November 1934 Vereinbarung über die Bestellung eines vorläufigen Kirchenregiments der DEK (Marahrens, Koch, Breit, Humburg, Fiedler). Vier Mitglieder treten aus dem Reichsbruderrat wegen innerer Spannungen aus (Barth, Niemöller, Immer und Hesse). Diese bleiben jedoch in ihren landeskirchlichen Ämtern der B. K.

24. November 1934 Bischof D. Zänker ruft die schles. Pfarrer und Gemeinden unter betonter Loslösung von der RKR zur Sammlung unter seiner Leitung auf. Er erklärt zugleich seine Verbundenheit mit dem Reichsbruderrat und der VKL.

11. Dezember 1934 Wintertagung des Schles. Hauptvereins des Ev. Bundes in Breslau. Der Vorsitzende Sup. Rohr distanziert sich von den DC. Vortrag über „Die Kirchenlage“.

13./14. Dezember 1934 Großveranstaltung der Schles. B. K. mit P. Martin Niemöller in Breslau — nach kurzfristigem Verbot der vorgesehenen Jahrhunderthalle in fünf große Kirchen verlegt, wobei sich eine beachtliche Beteiligung der Bevölkerung zeigt.

Winter 1934/35 Bischof D. Zänker und von ihm beauftragte Geistliche (Bunzel, Ehrenforth, Viebig) bereisen die Provinz und bereiten auf vielen Pfarrkonventen die Bildung einer Einheitsfront unter D. Zänker und einer vorläufigen Schlesischen Synode vor.

Anfang Januar 1935 Der Bruderrat der B. K. Schlesiens stellt einen eigenen Kollektenplan auf und richtet eine Kollektensammelstelle ein. (P. Hippe-Obernigk).

25. Januar 1935 Bischof Meiser-München spricht in 4 Breslauer Kirchen zur Lage. „Gottes Wort muß Widerstand haben, damit man seine Kraft sieht.“ (Zwingli).

14./17. Januar 1935 Rüstwoche der Bekennenden Kirche in Bad Oeynhausen. Redner: Obendiek, Schmidt-München, de Quervain, Gloege, Baumann.

1. Februar 1935 Der Schles. Bruderrat weist alle Pfarrer der B. K. in Schlesien an, amtliche Schreiben an die Kirchenbehörde nicht mehr an das Schles. Konsistorium, sondern nur noch an den Bischof D. Zänker zu richten. Ebenso sollen nur diejenigen amtlichen Schreiben des Ev. Kons. entgegengenommen werden, die von dem Bischof bzw. seinen beiden konsistorialen Mitarbeitern (Bunzel und Ehrenforth) gegengezeichnet sind.

22. Februar 1935 Bischof Zänker lädt zur Bildung der Vorläufigen Schles. Synode ein. (Termin 11. März 1935).

Ende Februar 1935 An einem feierlichen Zug mit Reichsbischof L. Müller in Görlitz (vom Rathaus zur Peterskirche) nehmen nur 14 Pfarrer im Talar teil, darunter nur ein einziger Görlitzer Pfarrer.

28. Februar 1935 In Schlesien bestehen 300 Bekenntnisgemeinschaften, davon 55 an Orten, die ohne einen Bekenntnispfarrer sind.

4./5. März 1935 2. Bekenntnissynode der EKdAPU in Berlin-Dahlem. „Wort an die Gemeinden“ zur neuen Religion.

9. März 1935 Verbot der für den 11. März geladenen „Vorläufigen Schles. Synode“ durch das Preußische Kultusministerium.

11. März 1935 Ein Staatsgesetz sieht bei den Landeskirchenämtern *Finanzabteilungen* vor.

12. März 1935 P. Lic. Ehrenforth berichtet dem Rat der EKU in der Wohnung von M. Niemöller über das Verbot der Vorläufigen Schlesienschen Synode.

17. März 1935 Aufgrund der Verlesung des „Wort an die Gemeinden“

(4./5. März 1935) werden 415 Pfarrer (die meisten in Altpreußen) verhaftet; davon in Schlesien allein etwa 180. In einigen Provinzen und Gemeinden begnügt sich die Polizei mit Hausarresten.

19. März 1935 Entlassung der verhafteten Pfarrer aus den Gefängnissen ohne Auflage des Verzichts auf die Kanzelabkündigung. Diese wird am 24. März in den meisten Kirchen durchgeführt.

26. März 1935 Bekenntnisgottesdienst mit Pfarrer D. Wehr-Saarbrücken in Breslau.

9. April 1935 Pastor Vogel-Dobrikow spricht in Breslau (an Stelle von Niemöller?) in Breslau und Görlitz.

11. April 1935 Der EOK Berlin beschließt Disziplinarverfahren gegen Dr. Gloege in Naumburg/Qu.

11. April 1935 Pastor Lic. Dr. U. Bunzel wegen freimütigen öffentlichen Auftretens in Schutzhaft genommen.

12. 4. 1935 Die DC Schlesiens (Petersmann) stellt sich hinter die neue Reichsleitung der DC unter Dr. Kinder, dem Nachfolger Hossenfelders.

2. Mai 1935 Der Bruderrat der EKdAPU ordnet einen regelmäßigen Bittgottesdienst für die gefangenen und ausgewiesenen Pfarrer und Ältesten und ihre Gemeindeglieder an, der wöchentlich gehalten werden soll.

10. Mai 1935 Trotz Verbots vom 9. März 1935 wird die Vorläufige Schlesische Synode auf bekenntnismäßiger Grundlage in der Christophorikirche in Breslau gehalten. Einladung durch Bischof Zänker. Referate:

1. D. Zänker: „Sinn und Bedeutung der Synode.“
 2. Dr. Hermann Ehlers: „Aufbau der Kirche aufgrund bekenntnismäßigen Selbsthilferechts“.
 3. Lic. Ehrenforth: „Die Gemeinden und ihre Körperschaften“.
 4. Entschlüsse:
- a) Zur Ordnung und zum Aufbau der Schles. Prov. Kirche.
 - b) Zur kirchlichen Lage in Schlesien.
 - c) Zu den Maßnahmen gegen Pfarrer.
 - d) Zur kirchlichen Liebesarbeit und Versammlungstätigkeit.
 - e) Wort an die Schles. Gemeinden und Körperschaften.

Leitung der Synode: Präses P. Viebig.

16. Mai 1935 Der Arbeiter Kurt Richter, Mitglied des Bruderrats der Paulusgemeinde in Breslau wird in Schutzhaft genommen und am 5. Juni 1935 ins Konzentrationslager Torgau überführt, jedoch am 14. Juni 1935 wieder entlassen.

1. Juni 1935 Präses Viebig erhält von der Gestapo Redeverbot für alle „außerdienstliche Tätigkeit“.

Redeverbote, Ausweisungen und ähnliche polizeiliche Maßnahmen gegen schlesische Geistliche nehmen zu. So auch gegen Pf. Mahling-Lohsa u. a.

4. bis 6. Juni 1935 Bekenntnissynode der DEK in *Augsburg*. Aus Schlesien dabei: D. Zänker, Viebig, Beninde, Berger, Hornig, Warko und Graf Seidlitz-Sandretzky. Neue Einigkeit innerhalb der gesamten B. K. Deutschlands.

7. Juni 1935 Abzug der Kandidatengruppe DC aus dem Predigerseminar Naumburg/Qu.

Dr. Gloege strengt Privatklage gegen Präsident Dr. Werner in Sachen Gehaltszahlung an. Der Prozeß zieht sich über 2 Jahre hin.

9. Juni 1935 P. Dr. U. Bunzel aus der Schutzhaft entlassen, alsbald aber aus Breslau ausgewiesen und mit Redeverbot belegt.

17. Juni 1935 Bekenntnis-Gottesdienst in St. Elisabeth in Breslau mit feierlicher Verlesung der Botschaft der Augsburger B. K.-Synode.

Predigt: Bischof D. Zänker.

Der Rat der B. K. Schlesiens fordert zu ähnlichen Kundgebungen in der ganzen Provinz auf.

20. Juni 1935 DC-Kirchentag „reichskirchlicher Gemeindevertreter“ unter Propst Jenetzky bringt Kampfansage gegen die vorläufige Schlesische Synode und D. Zänker, vermag aber kaum etwas auszurichten.

1. Juli 1935 Hirtenbrief des Bischof D. Zänker. Inhalt: Auswirkung der Vorl. Schles. Synode vom 10. Mai 1935 — Breslau. Zurückweisung von Angriffen gegen die Synode.

16. Juli 1935 Der im Gesetz vorgesehene Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten wird ernannt: Hans Kerrl.

Er soll als „Treuhand“ die Einheit der DEK sichern. Gesetz zur Sicherung der DEK vom 24. September 1935 wird zusammen mit seinen 17 Durchführungsverordnungen die Grundlage der staatlichen Kirchenpolitik.

15. August 1935 Verbot und Auflösung der Vorläufigen Schlesischen Synode durch Reichsminister Kerrl auf dem Wege über die Gestapo Berlin und Breslau.

21. August 1935 Pf. Viebig und Lic. Ehrenforth verhandeln im Reichskirchenministerium (Min. Rat Stahn) über Aufhebung des Verbots der Vorl. Schles. Synode, mit dem Erfolg, daß gegen eine Bezeichnung „Schlesische Synode der Bek. Kirche“ kein Einwand erhoben wird.

23. August 1935 Kirchenminister Kerrl konferiert mit Vertretern der B. K. und der „Neutralen“ über eine Neuordnung der Kirchenleitung in Reich, Land und Provinz.

14. September 1935 Das Redeverbot gegen Pfarrer Viebig wird aufgehoben, desgleichen gegen die Pfarrer Hoppe und Roye.

15./17./24. September 1935 Erstmalig Theol. Prüfung durch eine eigene Prüfungskommission der Bek. Kirche Schlesiens unter Leitung von Bischof D. Zänker und 5 Theologen der Schlesischen B. K. Protest des Konsistoriums, Verbot der Benutzung konsistorialer Räume auf Veranlassung des EOK, Absage von Konsistorialrat Hembd und von den 4 in Betracht kommenden Professoren der Universität Breslau. Von den 7 zur 2. theol. Prüfung stehenden Kandidaten lassen sich 6 von dieser Kommission prüfen und werden am 24. September von Bischof D. Zänker in der Magdalenenkirche ordiniert.

23./26. September 1935 3. Bekenntnissynode der EKdAPU in Berlin-Steglitz.

3. Oktober 1935 Reichsminister Kerrl veranlaßt die Bildung eines Reichskirchenausschusses (RKA) unter dem ehemaligen Gen. Sup. W. Zoellner, der die Leitung der DEK übernimmt und damit den Reichsbischof kaltstellt. In den meisten Landeskirchen folgen Landes- und Provinzialkirchenausschüsse.

8. Oktober 1935 Bekenntnisgottesdienste in St. Maria Magdalenen und St. Elisabeth Breslau. Predigt: Oberkirchenrat Schieder - Nürnberg.

10. Oktober 1935 Hirtenbrief vom Bischof D. Zänker zur Lage. a) K. Minister Kerrls „Befriedigungsaktion“ noch optimistisch beurteilt. b) Scharfe

Kritik an den Thüringer DC. c) Bericht über erfolgreich verlaufene Theol. Prüfung (14. bis 18. 9. 35).

24. Oktober 1935 Nach Abberufung des letzten der B. K. angehörenden Theologieprofessors D. Lohmeyer richtet der Provinzialbruderrat für die ev. Theologiestudenten in Breslau *theol. Vorlesungen* ein, die von Pfarrern der B. K. gehalten werden. Leitung: Lic. Dr. Benckert. Mitarbeiter u. a.: Dr. Berger, Lic. Dr. Konrad, Lic. Ehrenforth, Lic. Fitzer.

3. bis 10. November 1935 Visitation der B. K. — Rat der EPU — in Breslau.

25. November 1935 Bergwerksdirektor Dr. Krueger - Gottesberg, Vors. d. Kr. Br. Rats Waldenburg, erhält Redeverbot für den Reg. Bez. Breslau.

27. November 1935 An einer von R. K. Minister Kerrl nach Berlin einberufenen Besprechung zwecks Bildung von *Prov. Kirchengremien* nehmen aus Schlesien teil: Kons.-Rat Büchsel, Pf. Lic. Ehrenforth und Pf. Loheyde. Die beiden erstgenannten lehnen aus grundsätzlichen Bedenken ab.

30. November 1935 Dr. Fürle vom EOK Berlin teilt fernmündlich an Bischof D. Zänker mit: Der Kirchenminister verbietet die von D. Zänker auf den 2. Dezember 1935 angesetzten Theol. Prüfungen in Breslau.

2. Dezember 1935 Bischof D. Zänker hält trotz des ihm durch die EOK am 30. 11. 35 übermittelten Verbots des Reichskirchenministers an der Durchführung der *Theol. Prüfungen* fest. Diese werden, da sich das Konsistorium mit seinen Mitgliedern der Mithilfe versagte, in der *Wohnung* des Bischofs abgehalten.

3. Dezember 1935 Mitteilung an Kirchenminister Kerrl, daß die Prüfungen durchgeführt wurden.

6. Dezember 1935 Minister Kerrl ersucht den EOK gegen Bischof D. Zänker das Disziplinarverfahren zu eröffnen und verfügt Sperrung der Gehaltszahlung an D. Zänker. Grund: Theol. Prüfung 1./2. Dezember 1935.

10. Dezember 1935 2. Schreiben des Bischofs D. Zänker an Kirchenminister Kerrl in Sachen Theol. Prüfungen (s. Schreiben 3. 12. 1935).

11. Dezember 1935 Es wird auch in Schlesien ein Provinzialkirchenausschuß (PKA) gebildet, in den der Kirchenminister die drei Pfarrer Loheyde, Bessert und Schmidt (Görlitz) beruft.

12. Dezember 1935 Generalsuperintendent D. Eger vom Landeskirchenausschuß kommt nach Breslau, um die Theol. Prüfungen selbst in die Hand zu nehmen und im Sinne des LKA durchzuführen. Sein Versuch scheitert an dem Widerstand D. Zänkers.

17. Dezember 1935 Bischof D. Zänker wird vom LKA „beurlaubt“, da er die Prüfungen in seinem Sinne weiterführte.

(Die Pfarrer Altmann und Schwarz - Breslau hatten bereits Anfang Dezember ihre Mitarbeit bei den Prüfungen eingestellt.)

15. Dezember 1935 Über Bischof D. Zänker wird wegen seines Verhaltens in Sachen Theol. Prüfung von der Gestapo Hausarrest verhängt.

Dezember 1935 Der Schlesische Prov.-Kirchenausschuß (Loheyde, Bessert, Schmidt) erkennt die geistliche Leitung des Bischofs nominell an, ist aber nicht in der Lage, diese gegen die gesetzlichen Bestimmungen und entsprechenden staatlichen Eingriffe zu verteidigen.

20. Dezember 1935 Der Provinzialbruderrat der B. K. Schlesiens beschließt, die Leitung der B. K. keinesfalls an den Provinzial-Kirchenausschuß abzutreten. Er sieht weiterhin in Bischof D. Zänker den Träger der geistlichen Leitung der Kirchenprovinz und erwartet vom Provinzial-Kirchenausschuß, daß er in die Befugnisse des Bischofs nicht eingreift.

27. Dezember 1935 Bischof D. Zänker schreibt an OKR Dr. Söhngen betr. Prüfungsordnung mit der Bitte, die in Schlesien darüber drohende Kirchenspaltung verhindern zu helfen.

29. Dezember 1935 Die Mehrheit des Provinzialbruderrats der B. K. Schlesiens nimmt Stellung gegen den Provinzial-Kirchenausschuß und spricht ihm die Möglichkeit der Ordnung und Befriedung ab. Gegen die Schärfe in Form und Sache dieses Beschlusses erhebt Präses Viebig Bedenken.

Entsprechend den Auseinandersetzungen im RBR zeichnet sich der Beginn einer Spaltung des schlesischen Provinzial-Bruderrates ab.

3. Januar 1936 Sitzung des Reichsbruderrats in Berlin mit Beschlußfassung zur Sache „Kirchenausschüsse“. 17 Mitglieder stimmen gegen eine Zusammenarbeit — 11 Mitglieder (unter ihnen Pf. Viebig) sind für eine (bedingte) Zusammenarbeit. Der Reichsbruderrat bricht an diesem Beschluß auseinander. Pf. Viebig gehört von jetzt ab dem Reichsbruderrat nicht mehr an.

4. Januar 1936 Die VKL begründet — im Gegensatz zur Mehrheit des Reichsbruderrats (s. 3. 1. 35) — ihren Willen zu bedingter Mitarbeit mit den Kirchenausschüssen.

6. Januar 1936 Pfarrerversammlung der B. K. Schlesiens, bei der die Anzeichen eines Bruches deutlicher werden. Es geht

- a) um die Stellung zu den Kirchenausschüssen,
- b) um die Praxis des bekenntnismäßigen Prüfungswesens,
- c) um die Einberufung der Synode,
- d) um Stellung und Haltung des Bischofs im Kirchenkampf.

8. Januar 1936 Schlesische Superintendenten-Konferenz mit den Mitgliedern des Provinzial-Kirchenausschusses. Gespannte Situation speziell im Blick auf die Geistliche Leitung von D. Zänker.

15. und 16. Januar 1936 Bekräftigung des Provinzialbruderrats-Beschlusses vom 29. Dezember. Zustimmung der Vertrauensmänner der B. K. Schlesiens. Öffentliche Ablehnung der Kirchenausschüsse durch Kanzelabkündigung am 19. Januar 1936.

27. Januar 1936 Rundbrief des PKA mit grundsätzlichen Erklärungen zur kirchlichen Lage in Schlesien u. a. zur „Geistlichen Leitung“ des Bischofs in Schlesien.

29. Januar 1936 Der Provinzialbruderrat der B. K. zieht seine Beteiligung an der vom PKA. und dem Bischof gemeinsam zu bildende Prüfungskommission zurück und kündigt eine Prüfungskommission des Bischofs im Einvernehmen mit der B. K. an.

17./22. Februar 1936 4. (und letzte) Bekenntnissynode der DEK in Bad Oeynhaus. Spaltung der B. K. Aus Schlesien nehmen teil: Dr. Berger, Lic. Ehrenforth und Pf. Viebig. Die 1. Vorläufige Kirchenleitung (VKL) unter Marahrens tritt zurück. Albertz, Böhm, Müller - Dahlem werden beauftragt, bis zur Wahl durch den neugewählten Reichsbruderrat das Amt der vorläufigen Leitung wahrzunehmen.

Dem neuen Reichsbruderrat gehört aus Schlesien Rechtsanwalt Beninde - Bunzlau an.

9. März 1936 Bekenntnisgottesdienst in St. Elisabeth - Breslau mit Prof. Delekat - Dresden. Ordination von 6 Pfarramtskandidaten durch Präses Viebig.

10. und 11. März 1936 Bekenntnisgottesdienste in Oppeln, Neiße und Görlich (Delekat).

11. März 1936 Inverfolg der Oeynhaus. Synode Zusammenkunft und Zusammenschluß lutherischer Bischöfe in Frankfurt a. M., an der auch D. Zänker teilnimmt.

Neubildung des *Luth. Rates*: Meiser, Wurm, Marahrens, Breit, Hahn, Lilje und Beste. Sekretariat in Berlin: Lilje und Beste.

12. März 1936 Der neugebildete Reichsbruderrat beruft eine neue Vorläufige Kirchenleitung (VKL): Müller - Dahlem, Böhm, Albertz, Forck, Fricke und bestellt einen Rat der DEK: von Arnim Kröchlendorff, Asmussen, Kloppeburg, Lücking, Middendorf, Niemöller, von Thadden.

16. März 1936 Der Rat der B. K. Schlesiens erhebt bei dem PKA schärfsten Einspruch gegen die vom PKA zugelassene Berufung des „Dirigenten“ Dr. Fürle zum kom. Präsidenten des Evang. Konsistoriums in Breslau durch den LKA in Berlin.

30. März 1936 Schreiben des Bischofs D. Zänker in Gestalt eines Memorandum an den Landeskirchenausschuß in Berlin betr. die untragbare Haltung der Kirchenausschüsse gegenüber den D. C. einerseits und der B. K. andererseits. Zu diesem Schreiben nimmt D. Eger am 9. 5. 36 ausführlich Stellung.

1. April 1936 Der Rat der B. K. Schlesien bittet alle B. K.-Pfarrer, sich — lt. Verordnung des LKA vom 26. Februar 1936 — an Kreis- und Gemeinde-Kirchenausschüssen *nicht* zu beteiligen.

11. April 1936 P. Lic. Dr. U. Bunzel wieder in seinem Amt, predigt 1. Ostag, 12. April 1936 in Magdalenen. Ebenso ist P. Mahling Lohsa wieder in seiner Gemeinde.

16. April 1936 Die seit Monaten (s. diese Chronik unter dem 29. 12. 35 und 6. 1. 36) schwebenden Gegensätze innerhalb der Bekennenden Kirche Schlesiens und speziell des Provinzialbruderrats brechen offen auf. Anlaß: Beschlußfassung über Einberufung einer neuen Synode der B. K. Präses Viebig, nach ihm auch Sup. Buntzel - Brieg, Lic. Ehrenforth, P. Holm, P. Voigt verlassen die Sitzung. Rechtsanwalt Beninde übernimmt den Vorsitz. Die verbliebenen 11 Mitglieder (Beninde, Berger, Hornig, Warko, Draber, Milde, Seidlitz - Sandretzki u. a.) beschließen die Einberufung einer Bekenntnissynode der Schlesischen Kirche. (Später Naumburger Synode genannt.)

30. April 1936 Der unter Leitung von Präses Viebig tagende Synodalausschuß der Vorläufigen Schlesischen Synode beschließt mit 6 gegen 3 Stimmen die Einberufung der Synode unter dem neuen Namen „Schlesische Synode der Bekennenden Kirche“ (später „Christophorissynode“ genannt). Dafür: Viebig, Lehmann, Krueger, Windeck, Altmann, Linder. Dagegen: Beninde, Hornig, Seidlitz - Sandretzki.

3. Mai 1936 Der unter Leitung von Beninde stehende (größere) Teil des Provinzialbruderrats erhebt gegen die Einberufung einer Schlesischen Synode der Bekennenden Kirche (später auch Christophori genannt) Einspruch. Die Scheidung in *zwei* Synoden der Bekennenden Kirche Schlesiens ist bis auf weiteres zur Tatsache geworden.

23./24. Mai 1936 Schlesische Synode der Bekennenden Kirche in der Christophorikirche zu Breslau. Präses: Pastor Viebig. Referat Dr. Dr. Bunzel über „Die Stellung von Bischof D. Zänker in unserer Kirchenprovinz“ und von Direktor Dr. Krueger über den „Aufbau der Gemeinde“. Wort an die Pfarrer und Gemeinden, Beschluß zur Kirchenleitung in der Kirchenprovinz Schlesien, Entschließung der Synode zur Stellung des Bischofs D. Zänker in der Kirchenprovinz Schlesien, Beschluß zur Frage der Bekenntnissynode. Nach Rücktritt von Präses Viebig wählt die Synode den Waldenburger Kreispfarrer Lic. Ehrenforth zum neuen Präses. In den Synodalausschuß werden gewählt: Sup. Deutschmann, Dr. J. Bunzel, Sup. Lehmann, und als Laien: Dr. Krueger, Ob. St. Dir. Linder, Kfm. Ohr, Kölsch, Tuckermann, und Dr. Windeck.

28. Mai 1936 Die DKL (Müller, Albertz, Niemöller, Assmussen, von Thadden u. a.) stellen in *offiziellem Schreiben an den Führer* die Frage, „ob der Versuch das deutsche Volk zu entchristlichen... zum offiziellen Kurs der Regierung werden soll“.

1./4. Juli 1936 1. Schlesische Bekenntnissynode in Naumburg a. Queis. Präses: Rechtsanwalt Beninde. Vortrag Gloege „Von der Kirchengewalt“, Vortrag: Breitzke „Die Frage der Kirchenleitung in der Evangelischen Kirche der alt-preußischen Union, insbesondere in der Kirchenprovinz Schlesien“. Beschluß zur „Schlesischen Synode der Bekennenden Kirche“, theologische Erklärung. Wort der 1. Schlesischen Bekenntnissynode an die Pfarrer und Gemeinden.

Die Synode wählt z. stellv. Präses: Pf. Hornig, in den Provinzialbruderrat: Dr. Anderson, Lic. Dr. Benckert, Dr. Berger, Bunke, Draber, Dr. Gloege, König (Bunzlau), Milde, Richter, Schwarz (Glogau), v. Seidlitz-Sandretzki, Lic. Warko, Breitzke, Peisker.

Juli/August 1936 Zwischen den beiden B.K.-Synoden Schlesiens — Christophori und Naumburg — folgt eine zum Teil scharfe Auseinandersetzung über die in Naumburg beschlossene theol. Erklärung, an der sich namhafte Theologen aus ganz Deutschland mit ihren Gutachten beteiligen.

23. September 1936 Es beginnen zwischen der Schlesischen Synode der B. K. (D. Zänker und Lic. Ehrenforth) einerseits und dem Preußischen Bruderrat andererseits Besprechungen zur Klärung und Befriedung der schlesischen Situation. Die Verhandlungen laufen bis ans Jahresende ohne greifbaren Erfolg.

25. Oktober 1936 Bezirkstageskirchentag der Schlesischen Synode der Bekennenden Kirche in Glogau. Redner: Präses Viebig, Direktor Krueger, Lic. Ehrenforth.

30. Oktober 1936 Der Reichskirchenausschuß beruft in die von ihm gebildete Theologische Kammer (Vors.: Zoellner) neben Althaus, Gogarten, Pressel u. a. auch den schlesischen Pastor Dr. Petersmann (DC). OKR Pressel lehnt ab.

2. November 1936 Beginn einer harten Auseinandersetzung zwischen P. Lic. Dr. Ulrich Bunzel und Pastor Niemöller - Dahlem (Christophorisynode und Preußischer Bruderrat) über Abführung bzw. Zurückhaltung der *Notbündbeiträge* aus der Reihe der Christophorisynode.

Die Auseinandersetzung (Briefwechsel) zieht sich bis in den Juni 1937.

11. November 1936 Bezirkstageskirchentag der Schles. Synode der B. K. in Breslau mit OKR Pressel - Stuttgart.

27. November 1936 Ordination von deutschchristlichen Vikaren, von Bischof D. Zänker abgelehnt, von Sup. Krüger, Sagan, in der Erlöser-Kirche in Breslau durchgeführt. (Assistenten: Fröhlich/Alberty).

1. bis 6. Dezember 1936 Der Rat der Ev. Kirche der APU veranstaltet für alle dem Provinzialbruderrat (Naumburg) unterstellten Gemeinden Schlesiens eine Visitation.

3. bis 6. Dezember 1936 Generalkirchenvisitation durch Bischof D. Zänker im Kirchenkreis Grünberg in 15 Gemeinden.

7. Dezember 1936 Ein für diesen Tag vom Preuß. Rat angestrebter Konvent aller Pfarrer der B. K. Schlesiens wird aufgrund Einspruch der Schlesischen Synode der B. K. (Christophori) abgesagt. Die Verhandlungen zwischen den beiden schlesischen Richtungen gehen auf anderem Wege weiter. 7. 12. 36: Aussprache zwischen D. Zänker und Synodalrat einerseits, Dr. Ehlers und Pfarrer Müller - Dahlem andererseits. Gegenstand: Stellung zu den Kirchausschüssen.

16./18. Dezember 1936 Tagung der 4. Bekenntnissynode der EKdAPU — „Preußensynode“ — in Breslau.

Hauptgegenstände:

1. Entchristlichung des deutschen Volkes,
2. Notlage der kirchlichen Ausbildung der Theologiestudenten,
3. Fragen des Kirchenregiments. — Zu der gespannten Lage in Schlesien wurde *nicht* Stellung genommen.

16. Dezember 1936 Verhaftung von Rechtsanwalt Adolf Bunke - Glogau (Naumburger Synode) durch die Gestapo. Gefängnis Glogau, dann Konzentrationslager Lichtenburg b. Torgau (30. 12.).

Im Januar 1937 4 Mitglieder des Synodalausschusses (Christophori) sprechen zu Gunsten des Verhafteten bei dem RKM in Berlin vor.

17. Januar 1937 Kirchentag der Schlesischen Synode (Christophori) in Oppeln. Redner OKR Breit v. Luth. Rat, D. Zänker, Direktor Hafa u. a.

18. bis 20. Januar 1937 Innerhalb der ersten Ökumenischen Arbeitstagung der Bekennenden Kirche in Dahlem zur Vorbereitung der Oxforder Weltkonferenz übernimmt Stud. Dir. Dr. Gloege den 1. Unterausschuß „Kirche und Staat“.

20. Januar 1937 Bittgottesdienst der B. K. für Rechtsanwalt Adolf Bunke in allen B. K.-Gemeinden (angeordnet durch den Rat der B. K. in der APU).

23./24. Januar 1937 Tagung des erweiterten Synodalausschusses der Schles. Synode (Christophori) in Gottesberg im Hause von Direktor Dr. Krueger. Anwesend: D. Zänker, Dir. M. Hafa, M. Lehmann (Sup.), P. Schian, Joachim Siegmund-Schultze, P. Viebig, Gerh. Deutschmann, W. Buntzel - Brieg, K. Kölsch - Oppeln, Dr. J. Bunzel, Lic. Dr. U. Bunzel, Windeck - Liegnitz, Ph. Ohr - Breslau, W. Vogt - Obernigk. Lic. Fitzner, Walter Tuckermann, Dr. Ganger - Berlin, Lic. G. Ehrenforth - Waldenburg. Gegenstand: Die Spaltung in Schlesien und ihre Überwindung.

30. Januar 1937 Der Gemeindegemeinderat Oberwalden O/S wählt den Vikar der B. K. (Naumburg) Herbert Mochalski zum Pfarrer in Oberwalden. Das Ev. Kons. bzw. der Provinzial-Kirchenausschuß Breslau erkennt die Wahl nicht an, löst den Gem. K. Rat auf und entsendet einen eigenen Vikar. Die Staatspolizei greift gegen Mochalski ein. (s. 16. 6. 37).

8. Februar 1937 Prof. D. Wolf - Halle und Pfarrer Dr. von Rabenau - Berlin sprechen zu den Pfarrern und Vikaren der Bekennenden Kirche Naumburger Richtung in Breslau. Abends Bittgottesdienst in St. Barbara.

12. Februar 1937 Rücktritt des Reichskirchenausschusses.

15. Februar 1937 Erlaß des Führers über die Einberufung einer General-synode der DEK. Ermächtigung des Reichskirchenministers, die Wahl zu dieser Synode, die „in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolks“ vor sich gehen soll, vorzubereiten.

18. Februar 1937 Die Organe und Gemeinden der gesamten Bekennenden Kirche setzen ihrerseits mit Aufklärung und Anregungen ein. Ein kirchliches Gremium in Breslau stellt „6 Sätze zur kirchlichen Wahl“ auf.

19. und 20. Februar 1937 Scharfer Angriff (Flugblatt) des Rats der Bek. Kirche Schlesiens gegen Bischof D. Zänker und gegen das Schlesische Konsistorium in Sachen Oberwalden, Leipe und Lindau. Einspruch D. Zänkers gegen diesen „verunglimpfenden“ Bericht bei dem Preuß. Rat in Berlin. Dieser erklärt die Angriffe für sachlich gerechtfertigt.

23. Februar 1937 Unter Vorsitz von Bischof Zänker konstituiert sich das Theologische Amt der Schlesischen Synode (Christophori). Mitglieder sind: Lic. Bellardi, Dr. Dr. J. Bunzel, Stud. Rat. Bruder, Lic. H. Eberlein, Lic. Gleisberg, Stud. Rat. Grunow, Lic. Fitzer, Lic. Dr. Nebe, Direktor Schwarz, Präses Viebig, Pf. Waschipki, Leiter: Lic. Ehrenforth.
Erste Aufgabe: Thesen zum Thema „Bischofsamt und Synode“.

3. März 1937 Auf Veranlassung des Reichsbruderrats wird zwischen der VKL und dem Luth. Rat eine festere Arbeitsgemeinschaft hergestellt, von der man eine versöhnende Wirkung auch auf die Lage in Schlesien erhofft.

9. März 1937 Sup. Lic. Warko - Hirschberg verstorben. An seine Stelle rückt Sup. Blech - Festenberg als Mitglied in den Rat der B. K. Schlesiens (Naumburg) ein.

11. März 1937 Die Arbeitsgemeinschaft VKL und Luth. Rat setzt einen Arbeitsausschuß ein, dem von der VKL die Pastoren Dr. Böhm und Müller - Dahlem, vom Luth. Rat Oberkirchenrat Breit und Dr. Lilje, außerdem Reichsgerichtsrat Flor und Missionsdirektor Knak angehören.

20. März 1937 Eine Verordnung des Reichskirchenministers in Sachen Bildung der Generalsynode läßt erkennen, daß die Hoffnungen auf freie, kirchliche Wahl verfrüht gewesen sind.

26. April 1937 Pfarrer Asmussen spricht zu den Pfarrern und Vikaren der B. K. Schlesiens (Naumburg) in St. Bernhardinen Breslau.

29./30. April 1937 Präses Viebig - Breslau von der Gestapo aus Schlesien ausgewiesen und mit Redeverbot für das ganze Reichsgebiet belegt. Grund: „Staatsfeindliche“ Äußerungen in Predigten und Vorträgen.

5. Mai 1937 P. Viebig darf sich in Heidewilxen bei Trebnitz in seinem dortigen Heim aufhalten. Das Betreten Breslaus und Reden im Reich bleiben verboten.

April/Mai 1937 Einigungsverhandlungen zwischen dem Schlesischen Rat der B. K. (Naumburg) und Bischof D. Zänker (Christophorisynode) in Sachen Ausbildung und Prüfung und Ordination des theol. Nachwuchses scheitern. Die geistliche Leitung des Bischofs wird durch den Schlesischen Rat nicht anerkannt, solange der Bischof mit dem Konsistorium und den Kirchengemeinschaften zusammenarbeite.

2. Mai 1937 Bezirkskirchentage der Schlesischen Synode — veranlaßt durch den Bischof — für 12 Kirchenkreise in Hirschberg, Waldenburg, Frankenstein. Insgesamt: 7000 Besucher. Prediger und Redner außer D. Zänker, Sup. Gericke P. Siegmund-Schultze, P. Lorenz (Breslau), P. Dr. U. Bunzel, P. Lic. Ehrenforth. Fürbitte für große Zahl von Inhaftierten und Vorbereitungsdienst für die Wahlen.

7. Mai 1937 Bezirkskirchentag der Schlesischen Synode der B. K. mit Dr. Lilje in Breslau.

10./13. Mai 1937 Zweite Tagung der 4. Bekenntnissynode der EKdAPU in Halle/Saale. Beschluß zur Abendmahlsgemeinschaft. Aus Schlesien nehmen teil: Dr. Berger, Dr. Gloege, Hornig, von Heynitz, v. Seidlitz-Sandretzki und Breitzke.

27. Mai 1937 Der preußische Bruderrat „stellt fest“, daß die Bek. Kirche in Schlesien allein von den Organen der Schlesischen Bekenntnissynode (Naumburg) geleitet und vertreten wird.

5./6. Juni 1937 2. Schlesische Synode der Bekennenden Kirche in der Christophori-Kirche in Breslau.

Beschlüsse: 1. Zum Bekenntnisstand der Kirchenprovinz Schlesien. 2. Stellung der Synode gegenüber den DC. 3. Die kirchl. theol. Ausbildung des Pfarrernachwuchses. 4. Zum Theol. Amt. 5. Gemeindeaufbauarbeit — Missionsarbeit — weibl. Diakonie — Kollektenfrage. 6. *Kirchenwahlen*. 7. Zur Lage in der Bek. Kirche Schlesiens Leitung: Präses Lic. Ehrenforth.

9. Juni 1937 Innenminister und Kirchenminister verbieten das Einsammeln von Kirchenkollekten durch kirchliche Gruppen.

10. Juni 1937 Pfarrer Lic. Dr. Benckert - Breslau (Naumburg) wird verhaftet.

16. Juni 1937 Schlesischer Pfarrer- und Gemeindegtag (Leitung D. Zänker) in Breslau. Redner: Landesbischof D. Marahrens. (Worum geht es der Kirche Martin Luthers?).

Nachmittags: 700 Pfarrer, Bruderratsmitglieder, Älteste usw. in der Pauluskirche. Abends 4000 Gemeindeglieder in Magdalenen.

16. Juni 1937 Pfarrer Siegmund-Schultze übernimmt die Leitung des „Ev. Gemeindedienstes“ der Schles. Synode der B. K. (Christophori).

16. Juni 1937 Pfarrer Mochalski - Oberwalden wird verhaftet.

18./20. Juni 1937 Pastor Dr. Gloege (Direktor des Naumburger Predigerseminars) besucht Oberwalden und hält im Auftrag des Rates einen Visitationsgottesdienst.

17. Juni 1937 Der Preußische Bruderrat fordert zur Nichtbeteiligung an den vom NS-Staat für den 27. Juni vorgesehenen Kirchenwahlen (Generalsynode) auf.

23. Juni 1937 Der Reichsbruderrat schließt sich der Wahlabgabe an.

18. Juni 1937 Im Zusammenhang mit verschiedenen Maßnahmen gegen die gesamte B. K. in Deutschland wird auch das Büro der Schles. B. K. (Naumburg) in Breslau besetzt und ausgeräumt.

1. Juli 1937 Pf. Niemöller - Dahlem verhaftet und ins Moabiter-Gefängnis überführt, um vor ein Sondergericht gestellt zu werden.

16. Juli 1937 Beschlagnahme der Schreibapparate und vieler Drucksachen im Büro der Schles. Synode der B. K. (Christophori) innerhalb des Ev. Volksdienstes Waldenburg durch die Gestapo Breslau. Verbot der Rundschreiben. Vernehmung des aus dem Urlaub herausgeholt P. Ehrenforth vor der Breslauer Gestapo mit angedrohtem Gerichtsverfahren wegen Aufreizung zum Widerstand gegen staatliche Verordnungen.

Juli 1937 Gemeinsames Wort der Kirchenführerkonferenz des Luth. Rats und des VKL an die Gemeinden der DEK. „Wir haben uns zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen.“ Aufruf zur Treue. Durch Bischof Zänker an alle der Kirchenprovinz-Geistlichen weitergegeben.

27. Juli 1937 Pfarrer Kellner - Tiefenfurt Mitglied (später Präses) der Naumburger Synode wird zu 150.— RM Geldstrafe verurteilt, weil er für die „um des Evangeliums willen Verfolgten“ Fürbitte abgekündigt und gehalten hat.

Anfang August 1937 Der Abdruck der 13. bis 16. Verordnung des Reichskirchenministers im Kirchl. Amtsblatt für Schlesien Nr. 9 (u. a. Kollektivenverbot für B.K.-Aktionen zur Vorbereitung der Kirchenwahl) wird als bek. widriges Verhalten des Konsistoriums von der Schles. Christophori-Synode der B. K. als „schwere Enttäuschung“ empfunden und öffentlich bedauert.

21./27. August 1937 5. Bekenntnissynode der EKdAPU in Lippstadt.

23. August 1937 Auflösung des Landeskirchenausschusses für die Ev. Kirche der APU. durch den Reichskirchenminister. Die Befugnisse der LKA sollen durch den Präsidenten des EOK. (Werner) wahrgenommen werden.

24. August 1937 Das Kirchliche Gremium von Kassel — D. Marahrens, als dienstältester Landesbischof — P. Müller, Dahlem, v. d. Vorl. Leitung d. DEK. und OKR Breit v. Luth. Rat gibt das am 20. August 1937 gemeinsam beschlossene Wort an die Gemeinden zur Kanzelverlesung am So. 29. August 1937 weiter.

Es wird von Bischof D. Zänker ebenso wie vom Schlesischen Bruderrat (Hornig) an die Schlesischen Amtsbrüder ausgegeben.

Inhalt: Abwehr des politischen Generalangriffes auf Kirche und Christentum.

29. August 1937 Verbot der Ausbildung und Prüfung des theologischen Nachwuchses durch die Organe der Bekennenden Kirche (Himmler-Erlass).

1. September 1937 Rechtsanwalt Adolf Bunke - Glogau wird aus dem K. Z. entlassen. Auch Pf. Lic. Dr. Benkert ist wieder frei, bleibt jedoch aus Breslau ausgewiesen.

18. September 1937 Der Provinzialkirchenausschuß erhebt Einspruch gegen die von Präsident Werner (EOK) verfügte Änderung im Vorsitz des Schles. Konsistoriums (Hosemann an Zänkers Stelle).

28. September 1937 Rundschreiben Altmann - Ehrenforth: Aktion gegen oben genannte EOK-Verfügung in der Schles. Pfarrerschaft und in den Gemeinden. Erfolg: ca. 650 schles. Pfarrer schließen sich dem Protest gegen die EOK-Verfügung an.

19. September 1937 Pf. Hornig ordiniert in der St. Barbarakirche Breslau zwei Vikare der B. K. (Helbig und Knebel).

1. Oktober 1937 Das Büro der Schles. Synode der Bekennenden Kirche (Christophori) wird — trotz Staatseingriff vom 16. Juli — am neuen Ort — Breslau Klosterstraße 6 — eröffnet.

Anfang November 1937 Neue Einigungsverhandlungen zwischen der Christophori- und der Naumburger-Synode.

Anfang Dezember 1937 Eine Anzahl evang. Pfarrer der B. K. (Noth, Sommer, Hornig, Berger, Henkel, Gottschick, Konrad-Michelau u. a.) werden wegen Vergehen gegen den staatlichen Kollektenerlaß kurzfristig verhaftet.

10. Dezember 1937 17. Notverordnung des Reichskirchenministers zur Befriedung der Evang. Kirche. Trennung von inneren und äußeren Angelegenheiten. Die Verordnung stößt bei der gesamten B. K. wegen Bekenntniswidrigkeit auf heftigen Widerstand. s. 31. 1. 1938.

7. Januar 1938 In der Klosterstraße 6 wird das Büro der Schlesischen Synode der B. K. (Christophori) von der Polizei *ausgeräumt*.

31. Januar 1938 Einspruch der Schlesischen Synode der B. K. (Christophori) gegen die 17. Verordnung des RKM Kerl wegen Bekenntniswidrigkeit (Trennung von „äußerer“ Leitung und „inneren“ Angelegenheiten - die geschilderte Regelung würde die Kirche Gottes zu einer staatlichen Einrichtung machen). Einspruch auch des Bischofs. Einspruch auch von „Einheit und Aufbau“.

4. Februar 1938 Pfarrer Hoppe - Wohrlau und Hitzer - Rösnitz O/S werden verhaftet und wegen „Verstoß gegen das Heimtückegesetz und gegen den Kanzelparagraphen“ vor Gericht gestellt.

21. Februar 1938 Verordnung des EOK (Dr. Werner) zur Neuordnung des theologischen Prüfungswesens. Die Verordnung bedeutet ein Angriff auf die von Bischof D. Zänker geübte Prüfungspraxis. Dieser erhebt Einspruch. s. 28. 4. 1938.

15. März 1938 Das Predigerseminar in Naumburg/Queis (Leitung Direktor Dr. Glöge) wird von der Gestapo aufgelöst.

19. März 1938 Pf. Lic. Dr. Konrad-Michelau wird verhaftet, da er es ablehnt, ein Aufenthalts- und Redeverbot für Schlesien anzunehmen. Er wird ausgewiesen und übernimmt die Leitung eines illegalen Predigerseminars in Ostpreußen.

1. April 1938 Konsistorialrat Dr. Dr. Joachim Bunzel, der als Glied der Bek. Kirche im Schles. Kons. seit 1934 arbeitet, wird vom EOK dieses seines Amtes enthoben.

23./24. April 1938 Erweiterter Synodalausschuß der Schles. Synode der B. K. (Christophori) in Gottesberg bei Dr. Krueger mit D. Zänker unter Leitung von Sup. M. Lehmann.

Beschluß: Die Schles. Synode der B. K. revidiert aufgrund enttäuschender Erfahrung, ihre auf Zusammenarbeit eingestellte Haltung zum Evang. Konsistorium in Breslau und protestiert damit gegen die Kapitulation der Behörde vor den Staatskirchlichen Tendenzen des RKM. 1. Künftig keine Kollektensabführungen mehr an das Konsistorium, sondern an die Schlesische Synode der

B. K. 2. Keine Entgegennahme von Verfügungen geistlichen Inhalts, die nicht die Unterschrift des Bischofs tragen.

28. April 1938 Nach verschiedenen Vermittlungs- und Kompromißversuchen (u. a. durch Erweiterung seiner Prüfungskommission durch neutrale Mitglieder) lehnt Bischof D. Zänker die Verordnung des EOK vom 21. 2. 38 betr. Regelung der theologischen Prüfungen als bekenntniswidrig endgültig ab und setzt die Prüfungen in der früher geübten Weise fort.

2. bis 5. Mai 1938 Bekenntnisdienste in Breslau, Görlitz, Waldenburg, Schweidnitz, Grünberg usw. — gehalten von den Pastoren Karl Fischer - Dresden und P. Urban - Bremen.

3. und 7. Mai 1938 Die Schlesische Synode (Christophori) schaltet sich in der Eidesfrage solidarisch auf die Weisungen des Rats der Bekennenden Kirche Preußens ein. (s. auch 31. Juli 1938).

20. Mai 1938 Der Rat der B. K. Naumburg gibt nach einer Vertrauensmännerversammlung Weisung in der Eidesfrage gemäß Richtlinien des Preuß. Bruderrates vom 17. Mai 1938: Eidesleistung unter Ablehnung der „Eidesbelehrung“ des EOK. (Dr. Werner).

11./13. Juni 1938 Erste Tagung der 6. Bekenntnissynode der EKdAPU in Berlin-Nikolassee. Beschluß zur Eidesfrage.

Juni 1938 Der Kampf um die Aufrechterhaltung bzw. Durchsetzung eines bekenntnisgebundenen theol. Prüfungswesens in Schlesien unter Leitung von Bischof D. Zänker erreicht Höhepunkt.

17. Juni 1938 Vertreter der Christophorisynode sprechen am 17. 6. im EOK, und anschließend in Hannover bei D. Marahrens betr. Regelung des Prüfungswesens vor.

20. Juni 1938 36 von 41 Vikaren und Kandidaten der Schlesischen Synode weigern sich, von einer anderen als unter bischöflichen Leitung stehenden Prüfungs-Kommission geprüft zu werden.

24./26. Juni 1938 2. Schlesische Bekenntnissynode (Naumburg) in Breslau. (Eröffnung in der Barbarakirche; Tagung im Gemeindehaus von Salvator). Vier Ausschüsse. Theologisches Wort: Die Zukunft der Kirche (Referent: Hentschel); von der Ordnung und Leitung der Kirche (Referent: Breitzke); Beschluß über Zusammensetzung und Wahl des Provinzialbruderrates; Beschlüsse über Bezirkssynode und Bezirksbruderräte; Beschluß über das Besuchsamt; Entschluß über Eidesfrage. Wort an die Pfarrer der Christophorisynode; Beschluß zur Frage des theologischen Nachwuchses. Präses: Pastor Kellner - Tiefenfurt. Gäste: Jannasch, Schlingensiepen, Bunke.

30. Juni 1938 Bischof D. Zänker schlägt in Sachen Prüfungen zur Beilegung des Streitfalles dem EOK vor, neben seiner eine 2. Prüfungskommission für diejenigen Kandidaten zu bilden, die sich von ihm bzw. seiner Kommission nicht prüfen lassen wollen.

Juli 1938 Der EOK lehnt diesen Ausweg ab, da er zu einer bekenntnis-mäßigen Aufgliederung der Breslauer Fakultät führen würde. (D. Hosemann). D. Marahrens und D. Koch schalten sich vergeblich für D. Zänker ein.

31. Juli 1938 Zweite Tagung der 6. Bekenntnissynode der APU in Berlin-Steglitz. Beschluß zur Eidesfrage. Synode gibt Eidesleistung unter einschrän-kenden Bedingungen frei. Dieser Beschluß führte in Schlesien zunächst zu lebhaften Diskussionen in der Pfarrerschaft der B. K.

Anfang September 1938 Vier Schlesische Vikare legen dem EOK und RKM persönlich ihre Auffassung zur Prüfungssache dar. Ohne Erfolg.

16. September 1938 Bischof D. Zänker verhandelt zusammen mit Präses D. Koch im Kultusministerium (Minister Wacker) ohne greifbares Ergebnis.

19. September 1938 Bischof D. Zänker lädt die Prüfungskandidaten (Vikare) zur Prüfung auf Ende September ein. Gleichzeitig erhalten dieselben Kandidaten eine Prüfungsaufforderung von der „amtlichen“ konsistorialen Kommission.

20. September 1938 Dem Bischof D. Zänker werden die Räume und die Akten des Konsistoriums zur Abhaltung der Prüfungen verweigert. OKR Schwarz leitet die „amtliche“ Prüfung im Konsistorium und versichert den Kandidaten, daß es sich um eine „bekenntnismäßige“ Prüfung handelt.

27. September 1938 Gebetsliturgie der VKL anläßlich der drohenden Kriegs-gefahr. (Einfall Hitlers in die Tschechoslowakei). Scharfe Reaktion der NSDAP. Abrücken der luther. Bischöfe von der VKL. Neuer Riß in der B. K.

Ende Oktober 1938 Auch die von der bischöflichen Prüfungskommission geprüften Vikare erhalten vom Konsistorium die Aufforderung, am 9. bzw. 10. November vor dem Theologischen Prüfungsamt zwecks Prüfung und Klau-surarbeiten zu erscheinen.

1. November 1938 Die Schles. Arbeitsgemeinschaft der Vikare (Christophori) fordert die zu ihr gehörenden Brüder auf, dieser Aufforderung keine Folge zu leisten.

14. November 1938 Die Leiter der DC-Landesgruppen beschließen, für den bisherigen Namen „Deutsche Christen“ die Bezeichnung „Luther-Deutsche“ zu führen. Leiter: Dr. Petersmann.

November/Dezember 1938 Versuch des Reichskirchenministers durch Bildung von Arbeitskreisen aus „prominenten“ Kirchenmitgliedern (v. Trotha, Winnig, Stapel, Sauerbruch) und Theologen (Lic. Ellwein, Schomerus) in die verworrene kirchliche Situation Ordnung zu bringen — vor allem durch Trennung der weltlichen und geistlichen Angelegenheiten — stößt auf heftigen Widerstand der gesamten B. K. auch in Schlesien.

3. Dezember 1938 Der Schles. Provinzialbruderrat (Naumburg) beschließt, den beim Rat geprüften Vikaren ein Vierteljahr nach Ablauf des Hilfsdienstjahres den Titel „Pastor“ zu geben. Diejenigen, die — um in ein Pfarramt zu kommen — das Nachexamen beim Konsistorium machen, sollen aus der Kandidatenliste gestrichen werden.

29./31. Januar 1939 7. Bekenntnissynode der EK d. APU in Berlin-Nikolassee.

24. April 1939 Redeverbot des EOK gegen D. Zänker.

27. April bzw. 3. Mai 1939 Zwangsbeurlaubung von Bischof Zänker durch Präsident Dr. Werner EOK Berlin.

20./22. Mai 1939 8. Bekenntnissynode der EK der APU in Berlin-Steglitz.

24. Mai 1939 Der Leiter der Thür. DC. „National kirchl. Einigung“ Siegfried Leffler und der Leiter der Luther-Deutschen (Reformatorsche Reichskirche) Dr. theol. Petersmann treten in eine engere deutsch-christliche Arbeitsgemeinschaft ein.

18. Oktober 1939 Der Verteidigungskommissar in München verbietet die karteimäßige Erfassung von Feldpostanschriften und die organisierte Versorgung der Soldaten mit Druckschriften durch die Geistlichen.

18. Juli 1940 Der Kirchenminister (!) verbietet die seelsorgerliche Betreuung der Wehrmachtangehörigen durch Zivilgeistliche.

12./13. Oktober 1940 9. Bekenntnissynode der APU in Leipzig.

3. Dezember 1940 Das Sicherheitshauptamt in Berlin verbietet kirchliche (alle) Veranstaltungen in den Schulen. Die Gottesdienste und Bibelstunden außerhalb des Kirchortes sollen lahmgelegt werden.

... Mai 1941 Fast alle christlichen Zeitschriften und Sonntagsblätter müssen aus Gründen der Kriegswirtschaft ihr Erscheinen einstellen.

14./15. Juni 1941 3. Schlesische Bekenntnissynode (Naumburg) in Breslau im Gemeindehaus Salvator (Samstag) und in der Hofkirche (Sonntag) unter Präses Kellner.

Mitte August 1941 Verbot christlicher Kindergärten. Übernahme durch die NSV samt den kirchlichen Gebäuden.

- Ende August 1941* Auch die Diakonissenstationen sind mit Gleichschaltung bedroht.
- 20. August 1941* Gemeinsame Aktion zur Neuordnung der Schles. Kirchenleitung durch Schles. Synode d. B. K. (Lehmann und U. Bunzel) und Rat der Bek. Kirche (Kellner — Hornig) und Sup. Eberlein (Pfarrerverein).
- 13. September 1941* Der Provinzbruderrat (Naumburg) erklärt sich gegen die von OKR Schwarz vorgeschlagene Schles. Konventsordnung.
- 19./20. September 1941* Gespräch zwischen Vertretern der Naumburger Synode (Helmut König, Karl Kampfmeyer, Werner Schmauch) und der Christophori-Synode (Dr. Krueger, Lic. Fitzer) in Gottesberg.
- 1. Oktober 1941* Auch die Christophorisynode lehnt die Konventsordnung des EK. (OKR Schwarz) Schlesien ab.
- 1. Oktober 1941* Pfarrer Heine in Heinzendorf zu 300.— RM Geldstrafe verurteilt, weil er am Vormittag des Himmelfahrtstages einen Abendmahlsgottesdienst gehalten hat.
Pfarrer Albertz 2 Monate Gefängnis wegen Fürbitte für Pf. Niemöller.
- Oktober/Dezember 1941* Landesbischof Wurm schreibt „An die evangelischen Pfarrer in Deutschland“ und ruft zur Sammlung. (Sog. „Wurm-Aktion“).
- 21./23. Oktober 1941* 10. Bekenntnissynode der EK der APU in Hamburg-Hamm.
- 5. November 1941* OKR Schwarz macht den Versuch, Geistliche der verschiedenen kirchenpolitischen Gruppen (B. K. — beide Richtungen — „Mitte“ — DC sind vertreten) zu einem Gespräch zu vereinen.
- 14. November 1941* Das Gespräch wird fortgesetzt: Anwesend: Konrad, Nay, Holm, Erasmus, Dobrin, Preiser u. a.
- 26. November 1941* Drittes Gespräch — ohne Vertreter der Naumburger Richtung — mit Christophori und Mitte. Der Versuch scheint zu scheitern.
- 30. November 1941* Bischof D. Zänker wird in den Ruhestand versetzt.
OKR Walter Schwarz wird Geistlicher Leiter des Ev. Konsistoriums.
- 16. Dezember 1941* Plötzlicher Tod des Reichskirchenministers Kerrl. An der Lage zwischen Staat und Kirche ändert sich dadurch nichts.
- 17. Dezember 1941* Pf. Hornig und Pf. Schmauch fordern im Ev. Kons. die Legalisierung von 6 Naumburger Theologie-Kandidaten.
- Februar 1942* In Kunzendorf a. B. erzwingt der Kreisleiter das kirchliche Geläut bei einer Beisetzungsfest.

14. März 1942 Todesstoß gegen den Gebrauch der Schlonsakischen Sprache im Teschener Kirchengebiet.

Ende März 1942 Gestapo in Kattowitz verbietet evang. Gottesdienst am Gründonnerstag und Karfreitag. Protest der kirchlichen Stellen erreicht Freigabe des Karfreitagsgottesdienstes.

15. Mai 1942 Generalsekretär Kühne - Lauban hat eine einstündige Unterredung mit dem Schles. Gauleiter Hanke, der früher dem CVJM angehörte.

26. Mai 1942 Ein von OKR Schwarz gebildeter „Provinzial-kirchlicher Beirat“ tagt im Konsistorium (Loheyde, Buntzel - Brieg, Eberlein - Glogau, Zaradnik, Schicha, v. Schönbeck).

24. Juni 1942 Im Rahmen der Wurmaktion sind Schlesische Kirchenvertreter in Berlin bei Bischof D. Wurm versammelt. D. Zänker, Sup. Lehmann (Christophori) Sup. Eberlein, (Mitte) P. Kellner und P. H. König (Naumburg) P. Mayer (E. u. A.) — Versuch der Neuordnung der geistlichen Leitung.

30. Juni 1942 Amtliche Feststellung: 501 Geistliche der Ev. Kirche Schlesiens ins Heer eingezogen! (424 ordinierte Pastoren und Vikare — 52 nicht ordinierte — 20 Kriegspfarrer u. a.). Gefallen: 29 Pastoren (5 v. d. B. K.), 21 Vikare.

... Oktober 1942 Herausgabe der „Dreizehn Punkte“ des Einigungswerkes. Unterschrieben auch von D. Zänker, Präses Kellner, Lic. Eberlein.

... November 1942 Bischof Wurm gibt eine Handreichung zu den 13 Punkten heraus.

30. Oktober 1942 Erlaß des O. P. Kattowitz betr. Übereignung aller kirchl. Friedhöfe in kommunalen Besitz mit der Tendenz der Verweltlichung überhaupt.

31. Oktober 1942 In ganz Schlesien kein Reformationsgottesdienst.

19. Januar 1943 Der Rat der B. K. (Naumburg) sagt Mitarbeit bei dem von OKR. Schwarz gebildeten Prov. Kirchl. Beirat ab. (s. 26. 5. 1942).

11. Februar 1943 Besprechung OKR Schwarz mit den Pastoren Lic. Aust, Lic. Dr. Bunzel, Fröhlich, Lic. Dr. Konrad, Lic. Wenzel über besondere Situationsaufgaben: Geistliche Pfarrordnung, Gebetsordnung, Konvente usw. Die B. K. hält sich distanziert.

20. Mai 1943 Vikarin Lic. Staritz aus dem K. Z. entlassen.

28./29. August 1943 4. Schlesische Bekenntnissynode in Breslau, Wildenbruchstr. 3. Wort zum Weg der Bekennenden Kirche, Auslegung von Barmen

(Ref.: Berger). Wort zur jungen Bruderschaft (Ref.: Schmauch). Wort zum Disziplinarverfahren Hornig. Wort zur Aktion des Landesbischofs Wurm. Präses: Kellner. Bericht zur Lage von Lic. Harder. In allem: Frontstellung gegen das Schles. Konsistorium.

16./17. Oktober 1943 12. Bekenntnissynode der EK der APU in Breslau. (Auslegung des 5. Gebots).

11. Januar 1944 Im Saal der Generalsuperintendentur Breslau tritt der Prov. Kirchl. Beirat zusammen (Initiator: OKR Schwarz — Mitgl.: Buntzel - Brieg, Eberlein - Glogau, Loheyde - Glatz, Schicha - Habelschwerdt, Büchner - Breslau, Vangerow - Liegnitz, Ger. Dir. Springer, Reg. Rat a. D. von Schönberg, Schlossermeister Staude - Goldberg, Fabrikinspektor Knodt - Vossvalde, Stadtbaurat A. D. Küster - Görlitz, Dr. Tuckermann - Weizenroda).

22. März 1944 Der Ausschuß des sog. Prov. Kirchl. Beirats tritt unter Leitung von OKR Schwarz (ohne Beteiligung der „Naumburger“) zwecks Herausgabe kirchlicher Neuordnungen (Pfarrordnung, Lebensordnung, Lektorendienst etc.) zusammen.

11. Juni 1944 D. Walter Schian, 1924—1933 Generalsuperintendent, stirbt an den Folgen eines Schlaganfalls.

16. Juni 1944 Beisetzung auf dem alten Bernhardin-Friedhof durch Probst Oertel. Es sprechen u. a. Zänker, Lehmann, Hornig und Schwarz.

19. August 1944 Die Geistliche Pfarrordnung (Initiator: OKR Schwarz) durch Vermittlung von Dr. Hultsch zu 4000 Stück in Krakau (!) gedruckt.

29. September 1944 Ortskonferenz der Ev. Kirche der Altpreußischen Union in Breslau unter Leitung von Evers - Berlin mit Beratung über die in jeder Beziehung bedrohte Situation. Ohne klares Ergebnis. Versagen der Führungskraft des EOK.

4. Mai 1945 Vertreter der Evang. und Kath. Kirche bei General Niehoff mit dem Zweck, ihn zur Übergabe der Festung Breslau zu bewegen.

... Mai 1945 Der Bruderrat der Bekennenden Kirche Schlesiens übernimmt die Leitung der Schlesischen Kirche.

21./24. August 1945 Tagung des Reichsbruderrats in Frankfurt/Main.

31. August 1945 Konferenz der Kirchen in Treysa. Verabschiedung einer „Vorläufigen Grundordnung der EKID“. Die Notorgane der Bekennenden Kirche werden weder einfach bestätigt noch aufgehoben. Vielmehr übertragen sie ihre Funktion dem Rat der EKID für die Zeit des Bestehens dieser vorläufigen Leitung.

18. Oktober 1945 Stuttgarter Schuldbekentnis.

26. Juni 1946 Stadtdekan Lic. Dr. Konrad hält eine letzte deutsche Predigt in der Elisabethkirche zu Breslau.

22./23. Juli 1946 Provinzialsynode der Evangelischen Kirche Schlesiens in der Hofkirche zu Breslau. E. Hornig zum Bischof gewählt. Bestätigung der Kirchenleitung. Beschluß zu Bischof Zänker. Beschluß betr. Bevollmächtigung der Kirchenleitung. Wort an die Schlesischen Flüchtlingsgemeinden im Reich. Wort an die Landeskirchen. Beschlüsse zur Frage der Finanz- und Vermögensverwaltung. Präses Kellner.

... Dezember 1946 Die Schlesische Kirchenleitung, aus Breslau ausgewiesen, nimmt ihren Sitz in Görlitz.

Dr. Gerhard Ehrenforth